

Beschluss des Landrats vom 24.03.2022

Nr. 1399

1. Begrüssung, Mitteilungen 2022 2021/745; Protokoll: gs, ps

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) begrüsst zur Sitzung.

– *Tickets fürs ESAF*

Das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest, kurz ESAF, ist das grösste wiederkehrende Sportereignis der Schweiz und auch eines der grössten Volksfeste unseres Landes. Es findet am 27./28. August 2022 in Pratteln statt. Die Mitglieder des Landrats haben die Gelegenheit, für diesen Anlass zwei Eintages-Tickets (Rasensitzplätze) zu kaufen. Die Details sind gestern per Mail mitgeteilt worden. Interessierte geben bitte bis am 15. April 2022 per E-Mail an LKA.Veranstaltungen@bl.ch Bescheid, ob sie die beiden Tickets (1xSamstag, 1xSonntag) beziehen möchten. Der Zugangscode zum Bezug der Tickets wird Anfang Mai zugestellt. Damit kann man entweder alleine an beiden Tagen das ESAF 2022 besuchen (oder zusammen mit Landratskolleginnen und -kollegen) oder diese untereinander abtauschen, um an einem Tag mit Begleitung die Wettkämpfe in der Arena zu verfolgen. Dies ist sicher ein einmaliges Ereignis.

– *IPK Nordwestschweiz*

Der Arbeitsausschuss der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz (IPK) hat den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2021 genehmigt. Er ist unter www.bl.ch/ipk abrufbar. Der Arbeitsausschuss hat zudem beschlossen, dass an der Jahrestagung vom 28. Oktober 2022 in Bern die «neue Normalität nach Corona» thematisiert werden soll. Die Einladung folgt im Lauf des Sommers.

– *Glückwünsche*

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) darf ganz herzlich zu einem runden Geburtstag gratulieren: Werner Hotz ist am 4. März 60 Jahre alt geworden – herzlichen Glückwunsch und alles Gute! *[Applaus]*

– *Rücktritt aus dem Landrat*

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) verliest ein Rücktrittsschreiben mit Datum vom 22. März 2022:

*«Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin, geschätzte Landratsmitglieder
Nach 15 ausserordentlich spannenden Jahren ist der Zeitpunkt gekommen, mich aus dem Landrat zu verabschieden und den Stab weiterzugeben. Auf mich warten spannende Herausforderungen als Unternehmer einer innovativen Firma mit einem jungen Team, worauf ich mich sehr freue. Ich bin sehr dankbar für das Privileg, dass ich diesen Kanton mitgestalten durfte, und hoffe, dass ich dem Baselbiet etwas von dem vielen, welches mir unsere Heimat in den letzten Jahrzehnten gegeben hat, zurückgeben konnte.
Das Landrats-Amt hat mir sehr viel Freude bereitet und dies ist bis zum heutigen Tag so geblieben. Ich habe versucht, das Amt ohne Berührungsängste zu leben und bin auf ganz viele tolle und kompetente Menschen in allen Bereichen unserer Gesellschaft gestossen, welche unabhängig von ihrer politischen Position jeweils alle das Beste für unseren Kanton wollen. Einige dieser Menschen sind sehr gute Freunde geworden, welche ich nicht mehr missen möchte. Dass man in der*

Politik nicht immer gleicher Meinung ist, liegt in der Natur der Sache. Trotz oder gerade deshalb war es mir immer ein grosses Anliegen, über Grenzen hinweg Lösungen zu finden. Es waren gerade diese Situationen, wo zusammen konkrete Lösungen und Verbesserungen erarbeitet werden konnten, welche mir die meiste Freude bereiteten.

Diese Freude am Gestalten hat einen in der Politik schwierigen Zwilling – die Ungeduld. Es soll vorgekommen sein, dass ich manchmal etwas ungeduldig, forsch oder auch zu laut war und sich Kolleginnen und Kollegen überfahren fühlten – hierfür möchte ich um Verzeihung bitten. Glücklicherweise gibt es strenge parlamentarische Regeln, welche dafür sorgen, dass die notwendige Sorgfalt zu ihrem Recht kommt, und manchmal gab's fürs engagierte Politisieren auch einen auf den «Deckel» – aber was wäre Politik ohne etwas Würze in den Debatten.

Politisch waren die letzten 15 Jahre nicht nur einfach. Insbesondere zu Beginn meiner Landratszeit war der Kanton mit einer schlecht zusammenarbeitenden Regierung, einer sehr problematischen Finanzlage und einem schwierigen Verhältnis zum Nachbarkanton belastet. All diese Punkte sind heute in wesentlich besserem Zustand und vieles – nicht alles – wurde deutlich verbessert und modernisiert. Vielleicht hat auch der eine oder andere meiner Vorstösse ein bisschen dazu beigetragen.

Für die Zukunft hätte ich die folgenden Wünsche:

- *Tragen Sie Sorge zu unserem Milizsystem und schaffen Sie die entsprechenden Rahmenbedingungen. Dass wir kaum Mütter mit kleinen Kindern und echte UnternehmerInnen in unserem Parlament haben, dafür viele Profipolitiker und Pensionierte, sollte uns zu denken geben.*
- *Finden Sie Wege, unseren Kanton strategisch vorwärtszubringen. Dieses Parlament befasst sich sehr häufig und lustvoll mit operativen Details – strategische Fragen kommen zu kurz. Dies hat nur wenig mit den handelnden Personen, aber viel mit schlechten Prozessen zu tun. Hier ist das Parlament insbesondere bei Bauprojekten gefordert, denn strategisch und agil zu handeln, dürfte in Zukunft ein zentraler Erfolgsfaktor sein.*
- *Halten Sie die gute parlamentarische Kultur des Landrats in Ehren. Debattieren Sie lebendig und mit Anstand. Finden Sie Lösungen, welche die Minderheitsmeinungen berücksichtigen.*
- *Seien Sie stolz auf den Landrat. Ich habe viele andere Kantonsparlamente kennenlernen dürfen, und wir müssen wahrlich keinen Vergleich scheuen. Unser Parlament ist sehr lebendig, aktiv und selbstbewusst. Es wäre schön, wenn dies so bleiben würde.*

Zum Schluss möchte ich allen Mitgliedern von Landrat, Regierungsrat, Verwaltung sowie den Mitarbeitenden der Landeskantlei herzlich für die gemeinsame Zeit danken. Einschliessen in diesen Dank möchte ich auch die Bevölkerung meines Wahlkreises Reinach/Aesch/Pfeffingen, welche mir mit vielen Anregungen in meiner Landratsarbeit geholfen hat.

Mein Rücktritt erfolgt per 17. Juni 2022.

Hochachtungsvoll

Klaus Kirchmayr-Gosteli»

– *Entschuldigungen*

Ganzer Tag Tania Cucè, Martin Dätwyler, Thomas Eugster, Sven Inäbnit, Desirée Jaun, Regina Werthmüller

Abend Rahel Bänziger, Markus Dudler, Dominique Erhart, Laura Grazioli, Sämi Zimmermann

Begründung für die Abwesenheit der RR-Mitglieder und der Landschreiberin:

Regierungsrätin Kathrin Schweizer und Regierungsrat Isaac Reber sind in Corona-Isolation. Regierungsrätin Monica Gschwind ist bis 15 Uhr entschuldigt, weil sie an der Plenarversammlung der

Erziehungsdirektorenkonferenz teilnimmt. Am Nachmittag, nach der Fragestunde, ist Regierungsrat Anton Lauber wegen einer Ausschusssitzung des Verwaltungsrats der Schweizerischen Salinen entschuldigt. Für den Abend-Teil von 17 bis 19 Uhr ist ausserdem Landschreiberin Elisabeth Heer Dietrich entschuldigt.

– *Fraktionserklärung*

Vor einem Monat, so sagt **Roman Brunner** (SP), hat Landratspräsidentin Regula Steinemann in einem Statement auf den Angriffskrieg in der Ukraine hingewiesen, den Russland in der Nacht zur letzten Landratssitzung begonnen hat. In den vergangenen Wochen und Tagen haben uns immer wieder Meldungen aus der Kriegsregion erreicht, die beim Redner Gefühle zwischen Ohnmacht und Wut, zwischen Verständnislosigkeit und Betroffenheit, zwischen Überforderung und dem Bedürfnis zu helfen ausgelöst haben. Den Wahrheitsgehalt der Meldungen kann man nicht restlos überprüfen. Trotzdem ist der Redner überzeugt, dass der Angriffskrieg einerseits einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und auf unsere Wertebasis des friedlichen Zusammenlebens darstellt und andererseits grundlegende Menschenrechte verletzt.

Umso mehr irritiert es, dass die prekäre Situation sofort von politischen Parteien jeglicher Couleur genutzt wurde, um das eigene politische Programm voranzutreiben und sich zu profilieren. Sei es über die Forderung nach einer Erhöhung des Rüstungsetats, dem Bekämpfen des F35-Referendums, der Kritik an der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern oder der Schadenfreude über die hohen Ölpreise. Selbstverständlich hat der Ukrainekrieg Konsequenzen. Und selbstverständlich darf und muss das dazu führen, dass wir politische Entscheide neu überdenken.

Im Zentrum stehen müssen aber aus unserer Sicht momentan die humanitäre Katastrophe und damit verbunden die von der Kriegssituation betroffenen Menschen. Der Kanton Baselland hat vergangene Woche bereits reagiert und die Gemeinden in die Pflicht genommen. Es ist nicht schön, dass die Gemeinden, welche ihre Hausaufgaben nicht gemacht und entsprechende Asylplätze wider besseres Wissen nicht geschaffen haben, jetzt durch Privatpersonen und den Kanton entlastet werden müssen. Trotzdem müssen und dürfen wir uns als Kanton die Frage stellen, wie wir die Gemeinden in ihren Aufgaben optimal unterstützen können; wie wir mit der neuen Flüchtlingssituation und dem Schutzstatus S umgehen, insbesondere was auch die Beschulung in den kommunalen und kantonalen Schulen angeht; wie die Sanktionen der Schweiz und der EU gegen Russland für den Kanton Baselland umgesetzt und mitgetragen werden können und was das für das Baselbiet bedeutet; und wie wir die betroffenen Menschen solidarisch, niederschwellig und pragmatisch unterstützen können. Dazu soll die heutige Debatte mit allen Fragen und Vorstössen dienen, wie das etwa die SVP in ihrem dringlichen Vorstoss beispielsweise verlangt.

Schlussendlich haben wir alle das Ziel, sowohl den in der Ukraine zurückgebliebenen als auch den vor dem Krieg geflüchteten Menschen eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Dazu braucht es primär Frieden und Solidarität in Europa.

– *Begründung der persönlichen Vorstösse*

Postulat 2022/171: Marschhalt bei in Eigenregie beschlossenen Energie-Massnahmen

Andi Trüssel (SVP) spricht im Namen der bürgerlichen Fraktionen. Der Landrat kann den Energieplanungsbericht 2022 nur zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis nehmen. Der Bericht bildet nicht die Aktualität ab, sondern ist eine Abschrift der Interpretation des Berichts des Weltklimarats (IPCC-Bericht). Der vorliegende Energieplanungsbericht ist lediglich ein Klimastatusbericht und zeigt den Stand des Kantons Basel-Landschaft, mit dem Reduktionspfad der IPCC-Ziele von Paris, auf. Das hat jedoch nichts mit der kantonalen Energieplanung zu tun. Die Energiesituation hat sich nicht erst seit Erstellung des Berichts, sondern schon seit längerer Zeit massiv verändert. Deshalb braucht es einen Marschhalt. Seit zehn Jahren hört man immer dasselbe: Es braucht Photovoltaik,

Wind und fluktuierende Energieumformer, die fast immer dann zur Verfügung stehen, wenn man sie nicht braucht. Wind und Sonne machen gemäss den Zahlen aus dem Jahr 2020 gerade mal 0,36 % des gesamten Energiekonsums aus. Die Zahlen von 2020 sind aufgrund des Covid-Lockdowns nicht repräsentativ bezüglich der Wirtschaft. Die 0,36 % will man derart erhöhen, dass 60 % an fossilen Energie und 9 % an Kernenergie ersetzt werden sollen. Diese exorbitante Steigerung ist weder machbar noch wünschbar noch zahlbar. Die verschiedenen Anreizsysteme – Elektromobilität, Photovoltaik, Wärmepumpen – führen dazu, dass der Zeitpunkt eines Blackouts schneller eintritt. Im Energieplanungsbericht fehlt vollends, was der Titel vorgaukelt: Eine Bilanz zu den Energieträgern Elektrizität, Öl, Gas, Wasserstoff, synthetische Treibstoffe etc., zu Bedarf und Verbrauch einerseits und der Kapazität andererseits. Mit Einsparungen können Verbesserungen erzielt werden. Gleichzeitig wächst jedoch die Bevölkerung – in den letzten Jahrzehnten waren es über 50'000 Leute pro Jahr, die auch Energie benötigen. Wirft man einen Blick nach Deutschland, ist dort jeder fünfte Energiehaushalt im Armutzustand und kann die Energierechnungen nicht mehr bezahlen. Will man dies 1:1 in die Schweiz importieren? Die Bürgerlichen lehnen ein solches Vorgehen ab und verlangen einen Marschhalt. Schnellschüsse führen bei dieser komplexen Problematik nicht weiter. Es ist kein gutes und zielführendes Vorgehen, Massnahmen zu ergreifen und erst Ende 2022 eine Strategie vorzulegen. Gebote und Verbote sind die falschen Massnahmen. Von gesicherter Energieversorgung zu sprechen, ist ein klares Verkennen der Realität. Die Photovoltaik auszubauen, ohne zu wissen, wie die von der Sonne gewandelte Elektroenergie gespeichert werden soll, ist St.-Florians-Politik und wird anderen überlassen. Die Diskussion am Morgen über die Boilerwärmepumpen hat klar gezeigt, wo man mit dieser Strategie steht: noch nirgends. Deshalb fordern die Bürgerlichen einen Marschhalt und ein beschleunigtes, koordiniertes Behandeln des komplexen Geschäfts.

Andreas Dürr (FDP) ist es wichtig, die Sicht der FDP-Fraktion zu den Handlungspostulaten darzulegen. Es handelt sich um eine ordnungspolitische Frage, ob ein Energieplanungsbericht, aus dem Massnahmen abgeleitet werden, nicht zuerst grundsätzlich diskutiert werden muss. Dies wäre die richtige Art und Weise. Zu den einzelnen Massnahmen möchte der Redner nichts sagen, denn es ist noch vollkommen offen, ob diese zu begrüssen sind oder nicht. Energie ist ein sehr wichtiges Thema, und im Energieplanungsbericht 2022 des Regierungsrats gibt es Lücken, die ernsthaft angegangen werden müssen. Das Thema Energieversorgungssicherheit kommt nicht vor. Das ist aber extrem wichtig. Es bedarf einer grundlegenden Auslegeordnung, auch in der Kommissionsberatung. Mit dem Ergebnis können dann die Massnahmen angegangen werden.

Klaus Kirchmayr (Grüne) gibt eine Fraktionserklärung ab. Die Fraktion ist befremdet über den Vorstoss und erstaunt. Die Stossrichtung wird für komplett falsch gehalten. Angesichts der Klimakrise und der geopolitischen Situation sollte jedem klar sein, dass Energiepolitik auch Sicherheitspolitik ist. Ein Marschhalt – also nichts tun und die Hände in den Schoss legen und schauen, was kommt – ist definitiv falsch. Angezeigt ist Handeln. Das Signal, das mit einem Marschhalt gesetzt würde, wäre fatal. Man muss handeln, um die Sicherheit und die Lebensgrundlagen sicherzustellen. Das ist die dezidierte Position der Fraktion Grüne/EVP.

Interpellation 2022/157: Stromlücke im Baselbiet?

Thomas Noack (SP) hat das Thema in einer Interpellation aufgenommen, weil ihn die von Andi Trüssel aufgeworfenen Fragen ebenfalls interessieren. Dies ist der demokratische und legitime Weg, um über diese Fragen zu diskutieren. In der UEK wird im Moment der Energieplanungsbericht diskutiert, und der Redner wäre froh, wenn in der Kommission auch substanziell über den Bericht diskutiert werden und entsprechende Lösungsvorschläge auch von der rechten Seite präsentiert würden. Das wäre der andere Weg.

Als Begründung seiner Interpellation das Folgende: Die Stromlücke ist ein Thema, wird jedoch auch etwas hochgespielt. Im Moment ist dem Redner nicht ganz klar, wie gross die Gefahr effektiv ist und wie hoch die Eintretenswahrscheinlichkeit im Baselbiet eingeschätzt wird. Darauf hätte der Redner gerne Antworten, um die Diskussion qualifiziert führen zu können.
